Nr. 113
...sicher
...g, was der ...higkeit ist
...EL
...ab 17⁵⁰ ...ab 19⁵⁰ ...ab 19⁷⁵
...tüme
...ab 17⁵⁰ ...ab 26⁵⁰ ...ab 49⁵⁰ ...ab 58⁵⁰
...cke
...ab 1⁹⁵ ...ab 2²⁵ ...ab 2⁹⁰ ...ab 2⁹⁰ ...ab 4⁹⁰
...Co.
17
M. 0.95
M. 1.50
...uenheil ...nhandel
...ue Schlager
...leidungshaus
...uf sie
...n Extra"

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten **1 G.-Mark**. Postbezug für Monat Mai 2.60 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. **Einzelnummer 10 G.-Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 114 — Sonnabend, 16. Mai 1925 — XXXIII. Jahrg.

Neue englisch-französische Unstimmigkeiten

Ergebnislose Verhandlungen in Paris und London — Keine Einigung über die Räumung Kölns

Der Krieg in Marokko

Die Botschafterkonferenz abermals verschoben

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. **Paris**, 15. Mai

Die diplomatische Lage hat sich plötzlich wieder verdüstert, und dem bisherigen Optimismus des hiesigen Außenamtes folgte ganz unerwartet eine höchst kritische Beurteilung der Situation. Eine aus London hierher gelangte halbamtliche Reuter-Nachricht des Inhalts, **daß die englische Regierung neuerdings den Vorschlag gemacht habe, zur endgültigen Regelung aller zwischen Deutschland und den Alliierten schwebenden Fragen eine interalliierte Konferenz einzuberufen, an der sich auch Deutschland beteiligen solle**, erregte in hiesigen diplomatischen Kreisen außerordentliches Aufsehen. An der heutigen Börse lief das Gerücht um, England wolle auf der für heute angesetzten Botschafterkonferenz einen Antrag einbringen, der gewissermaßen als ein Kompromißvorschlag anzusehen wäre und dahin gehen solle, **Deutschland in einem gegebenen Augenblick zu Rate zu ziehen und aus dem Munde der deutschen Vertreter zu entnehmen, wie die Regelung der Entwaffnungsfrage im Einvernehmen mit den maßgebenden deutschen Stellen durchzuführen sei.** Man ist aber über diese, wie es heißt, plötzliche Wendung äußerst erregt. Hauptsächlich befürchtet man den Widerstand des Senats gegen eine „zurückweichende" französische Politik in der Entwaffnungsfrage.

Der Quai d'Orsay beantwortete noch in vorgerückter Nachtstunde alle Anfragen über die Ursachen der plötzlich eingetretenen Schwierigkeiten ausweichend. Die Tatsache, **daß gestern am späten Abend zwischen Briand und dem englischen Botschafter, Lord Crewe, eine halbe Stunde lang vergeblich gesprochen und schließlich beschlossen wurde, die für heute angesetzte Sitzung der Botschafterkonferenz auf Mitte der nächsten Woche zu verschieben, lieferte den klaren Beweis für den kritischen Stand der französisch-englischen Verhandlungen.** Die diplomatischen Mitarbeiter der Boulevard-Presse suchen durchaus beruhigend auf die Oeffentlichkeit einzuwirken. Dagegen lauten die gestern abend nach Amerika abgegangenen Kabelmeldungen hiesiger Korrespondenten durchaus pessimistisch. Zugestanden wird an hiesiger maßgebender Stelle, daß neue Verhandlungen über gewisse englische Wünsche aufgenommen werden müssen. **Mit Ungeduld und Spannung sieht man den Ereignissen des heutigen Tages entgegen.**

Lyautey ergreift die Offensive

Erfolgreicher französischer Vorstoß in Marokko

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. **Paris**, 15. Mai. Mit großen Lettern und mit unbeschreiblichem Enthusiasmus registrieren die Pariser Blätter den **angeblich entscheidenden Sieg des Generals de Chambrun über die Streitkräfte Abd el Krims.**

Am 13. Mai wurde die Offensivoperation gegen die Rifkabylen unternommen, die sich in dem Felsmassiv von Biban verschanzt hielten. Die Durchführung dieser Operation wurde mit einem starken artilleristischen Trommelfeuer, an dem über 100 Geschütze teilnahmen, und einem starken Bombardierfliegerangriff eröffnet. Der General Colombat leitete die Artillerie, unter der hauptsächlich Geschütze von 105 und 120 Millimeter Kaliber verwendet wurden. Es heißt auch, daß ein vor kurzer Zeit neukonstruiertes schweres Geschützmodell bei dieser Gelegenheit ausprobiert wurde. **Zahlreiche Dörfer wurden von den französischen Fremdenlegionären in einem ziemlich verlustreichen Bajonettangriff genommen.** Der Feind verteidigte sich mit allergrößter Hartnäckigkeit. An verschiedenen Stellen, hauptsächlich an dem nördlichen Teil der Front, bei Hamuda, wich er zurück. Zahlreiche französische Flugzeuge verfolgten die fliehenden Rifkabylen und richteten unter ihnen große Verluste an. Oberst Freydenberg zeichnete sich bei der Eroberung einiger vorgeschobener Posten der Rifkabylen besonders aus.

Nach letzten Berichten aus dem Kampfgebiet dauern die Kämpfe noch an. Man schreibt Abd el Krim die Absicht zu, **sich auf eine zweite Verteidigungslinie zurückzuziehen. Die Entsetzung sämtlicher französischen Posten ist jedoch noch nicht gelungen.** Namentlich sind noch zwei Blockhäuser vom Feinde belagert. Marschall Lyautey ist von der Kampffront nach Fez zurückgekehrt.

Im Ministerrat teilte Painlevé mit, daß es sich hier um den **Beginn einer großangelegten Offensivbewegung** handelt. Die gestrige Schlacht bildete also den **Auftakt zu weiteren großen Operationen.** Die Rechtspresse feiert diesen Sieg und erklärt, daß die französische Armee trotz allen politischen Schwierigkeiten und Wirren Frankreich wieder einmal gerettet habe.

•

Verbot der sozialistischen Blätter

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. **Paris**, 15. Mai. **In der französischen Marokkozone sind sämtliche sozialistischen Blätter, die in Europa und im Nahen Osten erscheinen, verboten worden. Diese Maßnahme mußte angeblich deshalb getroffen werden, weil die in diesen Blättern enthaltenen Mitteilungen über den Stand der Kriegsoperationen Frankreichs den Rifkabylen Dinge zur Kenntnis brachten, die für Frankreich nachteilig seien. Es sei ausdrücklich erwähnt, daß es sich nicht um kom**munistische Blätter handelt, die schon seit zwei Monaten in Marokko verboten sind, sondern um Organe wie den Londoner „Daily Herald", das dänische Blatt „Socialdemokraten" und das Brüsseler Blatt „Peuple".

•

Französische Schritte bei der spanischen Regierung

× **Paris**, 15. Mai. Havas meldet aus Madrid: Hier ist der ehemalige französische Minister Malvy eingetroffen. Er soll mit einer wichtigen diplomatischen Mission bei der spanischen Regierung betraut sein. Jedoch weigere er sich, Pressevertretern Näheres über seinen Auftrag mitzuteilen. Zur Lage in Marokko erklärte er, Frankreich sei in seiner Zone angegriffen worden. Es müsse also die Rebellen zurückweisen. Jedoch habe es keinerlei Eroberungsabsichten. Frankreich wolle den Verpflichtungen, die ihm die internationalen Verträge auferlegten, treu bleiben. Im Laufe des heutigen Tages werde Malvy vom Vorsitzenden des Direktoriums, General Primo de Rivera, empfangen werden.

Vor dem Rücktritt Chamberlains?

× **Paris, 15. Mai. Havas verzeichnet ein Gerücht, das in Londoner konservativen Kreisen, die der Regierung ziemlich nahestehen, umlaufe, wonach Austen Chamberlain demnächst seine Demission als Staatssekretär des Aeußeren geben werde. Sein Nachfolger werde Lord Birkenhead sein. Man versichere, daß die Bündnispolitik mit Frankreich und Belgien, so wie sie Austen Chamberlain vor zwei oder drei Monaten in Aussicht genommen habe und die vom Kolonialminister Amery stark bekämpft worden sei, niemals von der Mehrheit des Kabinetts angenommen worden sei. Auch habe der am Sonntag durch die „New York World" veröffentlichte Text eines Memorandums die Stellung des Staatssekretärs des Foreign Office innerhalb des Kabinetts geschwächt. In offiziellen britischen Kreisen weigere man sich, zu diesem Gerüchte Stellung zu nehmen, und sich über irgend etwas zu äußern. Man müsse also das Gerücht mit allen möglichst notwendigen Vorbehalten aufnehmen.**

Originelles Urteil über den Völkerbund

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

£ **Washington**, 15. Mai. (Durch United Preß.) Der ehemalige amerikanische Botschafter in Rom, Child, erklärte hier, daß der Völkerbund sich in zwei Teile gespalten habe. Der eine sei ein guter Samariter, der andre eine Vereinigung von Polizisten zum Schutze von 1017 Artikeln. Dieser Teil wäre zu einem Werkzeug der europäischen Großmächte geworden. Von dem letzteren müsse sich Amerika lossagen, während es den guten Samariter unterstützen müsse, da dieser Teil verhältnismäßig von politischen Intrigen frei sei.

Das bulgarische Bollwerk

Die Alarmschüsse von Sofia

Von unserm #-Korrespondenten

Sofia, 13. Mai

Unter dem Eindruck der entsetzlichen Vorkommnisse der letzten Tage ist das allgemeine Interesse der europäischen Oeffentlichkeit für Bulgarien so plötzlich und so lebhaft erwacht, wie noch nie seit Ende des großen Krieges. Wie ein katastrophales Naturereignis von nie dagewesener Wucht hat die Explosion in der Kathedrale Sveta Nedelia urplötzlich die Aufmerksamkeit der Welt auf dieses kleine Land im Südosten Europas angezogen, das sich seit den Oktobertagen 1918 so gemieden, vergessen, vereinsamt und wie aufgegeben fühlen mußte. Dank den verdammenswerten terroristischen Ausschreitungen der bulgarischen Agrarkommunisten sieht sich das kleine Bauernvolk urplötzlich der Isolierung entrückt, unter der die Regierung und das herrschende Regime des Demokratitschefki Sgovor in bitterer Ohnmacht schwer zu leiden hatte.

Um diesen plötzlichen Umschwung tunlichst auszunützen, hat die Regierung Zankoff ihren Außenminister Kalfow auf eine Rundreise durch die Hauptstädte der Ententemächte entsandt. Wie man hier allgemein glaubt, auf Anraten der diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens. Unter Hinweis auf die allgemeine bolschewistische Gefahr soll Kalfow zunächst die Großmächte, dann indirekt auch die Kleine Entente für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, also für die Wiederherstellung einer aktiven bulgarischen Armee, gewinnen. Dann aber hat er auch die Aufgabe, die drückenden Lasten des Friedensdiktats von Neuilly, die das verarmte und erschöpfte Land nicht länger tragen kann, so weit als möglich zu mildern. Darin besteht in der Hauptsache die Mission des bulgarischen Außenministers. Daß ein schätzenswerter Erfolg die schwierige Lage der Regierung im Innern des Landes wesentlich bessern würde, ist selbstverständlich.

* * *

Der Weg nach dem Westen führt für Bulgarien geographisch und politisch über Belgrad. Auf dem Wege zur Wiederannäherung an den europäischen Westen ist die Hauptstadt des jugoslawischen Nachbars die allerwichtigste und die allerschwierigste Etappe für Bulgarien. Das weiß Zankoff ebensogut wie sein Vorgänger, der Bauerndiktator Stambolijski, es wußte. Nur hat Zankoff in dieser Richtung eine viel delikatere und schwierigere Lage als sein Vorgänger. Stambolijski war fest entschlossen, alle Anwandlungen und Gelüste auf Mazedonien preiszugeben, um eine Annäherung an Serbien zu erreichen, die in der Folge zu einer Einigung und Vereinigung hätte führen sollen. Das hat dem tollkühnen bäuerischen Demagogen und seinem Regime den Kragen gekostet. Mit den Mazedoniern ist eben nicht zu spaßen. Zankoff dagegen, der in der Hauptsache nur von den Mazedoniern die Macht erhalten und sich noch jetzt vorwiegend durch sie hält, kann nicht einen Augenblick daran denken, mit den Velleitäten der mazedonischen Revolutionäre, die sich zum Unterschied von den Förderalisten als „Autonomisten" bezeichnen, irgendwie Handel zu treiben. Alle andern wichtigen Interessen des Landes mag Zankoff für die Annäherung an Serbien preisgeben, einzig Mazedonien darf und wird er nicht opfern.

Eben deshalb wird Kalfow das Mißtrauen Belgrads gegen das jetzige bulgarische Regime ebensowenig verscheuchen können, wie Zankoff in Person bei seiner Vorstellung in Belgrad im letzten Winter es vermocht hat. Wie damals er, so wurde auch jetzt sein Außenminister sehr kühl und mit einer Geste der Ueberraschung über den plötzlichen Besuch aufgenommen. Der alte Paschitsch war wieder einmal „erkrankt" und konnte den bulgarischen Minister nicht empfangen. Im Winter, als Zankoff nach Belgrad fuhr, war König Alexander einen Tag vorher nach Paris abgedampft, und auch jetzt war von einer Audienz des bulgarischen Außenministers beim jugoslawischen König nicht die Rede. Nur mit dem Außenminister Dr. Nintschitsch konnte Kalfow konferieren, und auch das nur so zwischen Tür und Angel, denn Dr. Nintschitsch stand knapp vor der Abreise nach Bukarest zur Konferenz der Kleinen Entente. In Rom und in Paris, in London und in Prag oder Brüssel wird der bulgarische Minister vermutlich eine freundlichere Aufnahme, mehr Verständnis und größeres Entgegenkommen für die bulgarischen Wünsche finden. Auch in Bukarest, falls er dahin kommt, wird seine Lage verhältnismäßig leichter sein. Nur in Belgrad begegnet man der Regierung Zankoff mit dem größten Mißtrauen, sogar mit geradezu feindseligen Gefühlen. Belgrad ist und bleibt das schwierigste Hindernis, das die bulgarische Wiederaussöhnungspolitik entschieden überwinden muß, um erfolgreich ans Ziel zu kommen. Solange jedoch die mazedonische Frage nicht endgültig bereinigt und ausgetragen ist, wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein.

* * *

Im Innern haben die jüngsten Terrorakte die Lage der Regierung anscheinend gefestigt. Furcht und Abscheu vor den Verbrechen der Agrarkommunisten, Belagerungszustand, Zensur mit allem, was drum und dran hängt, haben die Opposition nahezu mundtot gemacht, und wenn man jetzt ihre Zeitungen liest, kann man wirklich glauben, daß die Demokraten Malinoffs, die Radikalen Kosturkoffs, die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen oder Stambulowisten mit der Regierung Zankoffs in geradezu rührender Einigkeit und Eintracht leben.

In Wirklichkeit ist dem aber nicht so, und dieser idyllische Zustand wird nur so lange dauern, bis man mit den angeklagten Agrarkommunisten blutig abgerechnet haben und zu halbwegs normalen Zuständen wieder zurückgekehrt sein wird. Die Unzufriedenheit im Lande ist so groß, die Beschwerden, Schwierigkeiten und Gefahren so vielfältig und tief, daß die Differenzen und Streitigkeiten mit aller Macht wieder ausbrechen müssen. Dieser seit einigen Tagen andauernde Parteifrieden ist nur durch die besonders gefahrvolle Gestaltung der Stunde geboten, daher trügerisch. Bald werden die Gegensätze mit aller Gewalt aufeinander platzen, und die Regierung Zankoffs, die sich nur auf die Offiziere und die mazedonischen Revolutionäre stützt, hat zu wenig Anhang im Volke, um die Situation zu beherrschen.

Im Auslande werden die Dinge und Verhältnisse am Balkan nur zu oft falsch beurteilt. Weil Bulgarien ein Bauernland ist, das sich in der Hauptsache aus ganz kleinen Bauernwirtschaften zusammensetzt, glaubt man, daß die Vorbedingungen für eine tiefgehende, weit ausgreifende kommunistisch-bolschewistische Strömung hier gar nicht vorhanden wären. Man vergißt aber die sehr wichtige Tatsache, daß ein sehr großer Teil dieser bäuerischen Zwergwirtschaften sehr arm ist und selbst bei bescheiden primitiver Lebenshaltung kein Auskommen bietet. In den Gebirgsgegenden hat der bulgarische Bauer heuer infolge der schlechten Ernte kein Brot zu essen, er muß für ein Kilogramm Maismehl mehr bezahlen, als er und sein Hauswesen vor dem Kriege für eine ganze Woche brauchte. Nicht viel besser steht es mit dem halbbäuerischen Handels- und Gewerbestand in den Landstädtchen. Die Geschäfte ruhen, der halbwegs wohlhabende Bauer hält seine Banknoten krampfhaft fest. Er kauft nichts, hat auch kein Vertrauen mehr zu den Banken, und es herrscht im ganzen Lande drückender Geldmangel. Die Beamten sind so schlecht bezahlt, daß sie immer neue Zuschüsse verlangen müssen, die der Staat und die Gemeinden absolut nicht leisten können. Das fördert die Korruption, die unter dem widerwärtigen demagogischen Regime Stambolijskis sich tief bis in die Struktur des Landes eingefressen hatte. Dazu kommen noch unerhört hohe Steuern, Zölle und Abgaben aller Art, ferner das im ganzen Lande grassierende Räuberunwesen und die vielen Tausende von Flüchtlingen aus Griechisch-Mazedonien und Thrazien, die täglich und im größten Elend über die Grenze herüberkommen, um vor den Verfolgungen der unduldsamen Griechen das nackte Leben zu retten. Das alles und manches andre trägt zur Verelendung der Massen in nur zu wirksamer Weise bei.

* * *

Kein Mensch zweifelt daran, daß die ganze bolschewistische Agitation in Bulgarien von Moskau inspiriert wird, daß Geldmittel, Waffen, Sprengstoffe, Weisungen und Instruktionen, ja sogar Emissäre von dort kommen, wenn nicht direkt, so doch auf Umwegen über Belgrad, Prag, Wien oder Konstantinopel. Man ist sich hier gut bewußt, daß Moskau fest und mit unerschütterlicher Beharrlichkeit bestrebt bleibt, in erster Reihe den Balkan in Brand zu stecken. Moskau aber bedeutet für die Bulgaren ein

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250516/1